

ROLF BADSTÜBNER

Zur Entstehung von BRD und DDR

Als ich vor einiger Zeit mit einer umfassenderen gesellschaftspolitischen Darstellung zur deutschen Nachkriegsgeschichte, die zu den 50. Jahrestagen der beiden Staatsgründungen erscheinen soll, begann, war ich selbst aufs Äußerste gespannt, was dabei, fast ein Jahrzehnt nach dem mit dem Ende der DDR verbundenen Perspektivwechsel, bei Auswertung der inzwischen auf breiter Front erzielten neuen Forschungsergebnisse und befreit von »parteilichen« Zwängen und tagespolitischen Rücksichtnahmen, herauskommen würde.

Natürlich ging es dabei zunächst und vor allem – im Bruch zu früheren Darstellungen – um neue Sichtweisen auf die in übergreifende Epochen- und Jahrhunderttrends eingebettete und als Gesellschaftsgeschichte begriffene deutsche Nachkriegsgeschichte. Dies schloß neue Sichten auf die Problematik von Eigenem und Fremdem im Kontext der Besatzungsherrschaft, von Sowjetisierung einerseits und Amerikanisierung/Verwestlichung andererseits, auf die Möglichkeiten und Grenzen autochthoner deutscher Entwicklungen und deutscher Politik ein. Hinsichtlich SU/SMAD und KPD/SED führte das kritische Abwägen zwischen Leistung und Fehlleistung zu einem vertieften Verständnis dessen, was früher mit antifaschistisch-demokratischer Umwälzung begrifflich gefaßt worden war. Diese gesellschaftspolitischen Umgestaltungen verloren ihren unkritisch-überhöhten Glanz, wurden beim Schreiben in ihren Widersprüchen, Halbheiten und Verfehlungen, aber auch in den erbrachten Leistungen und tatsächlichen historischen Ergebnissen deutlich.

Da ich das in diesem Rahmen nicht in toto abhandeln kann, möchte ich versuchen, es beispielhaft an der Bodenreform¹ zu verdeutlichen.

Es kann als eindeutig bewiesen und belegt gelten – und ich konnte den bekannten Fakten weitere hinzufügen –, daß es eine Art alliierten Grundkonsens über die Notwendigkeit der Enteignung des Großgrundbesitzes und die Durchführung einer Bodenreform gab und daß hierfür auch deutscherseits eine Mehrheitsbasis vorhanden war oder unschwer hätte zustande gebracht werden können. Insofern war die Durchführung einer Bodenreform in der Ostzone völlig legitim. Doch Gleiches kann schwerlich für die Modalitäten dieser Reform gelten.

Da war das überstürzte sowjetische Vorgehen, ohne zumindest den Versuch zu unternehmen, sich mit den westlichen Alliierten

Rolf Badstübner – Jg. 1928.
Prof. Dr. habil., Historiker,
Berlin.

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte.

¹ Aus der Fülle der zu diesem Thema vorliegenden neuen Forschungsliteratur möchte ich hier nur hinweisen auf: Arnd Bauernkämper (Hg.): »Junkerland in Bauernhand«? (HMRG, Beiheft 20), Stuttgart 1996.

abzustimmen und im Kontrollrat zu einer einvernehmlichen Regelung zu gelangen. Wäre diese nicht zustande gekommen, hätte die SMAD ja immer noch eigenständig handeln können. Das überstürzte Vorgehen schloß außerdem einen wirtschaftlich ungünstigen Zeitpunkt ein, wovon alle Fachleute, auch die der KPD, gewarnt hatten. Der frühe Zeitpunkt wurde auch keineswegs durch die Lage der Flüchtlinge, Vertriebenen und Umgesiedelten »erzwungen«, ganz im Gegenteil; denn sie kamen ja in ihrer Masse erst 1946, was dazu führte, daß sie durch die überstürzte Durchführung der Reform eher benachteiligt wurden.

Die Bodenreform wurde nach einer offensichtlich kurzfristig ausgearbeiteten sowjetischen Direktive durchgeführt; die in Moskau erfolgten langfristigen KPD-Planungen für eine solche Reform, die sehr viel »reifer« und keineswegs überholt waren, wurden ebenso mißachtet wie Reformausarbeitungen von SPD und CDU. Die KPD wurde vielmehr seitens der SMAD veranlaßt, das unreife sowjetische Konzept zu akzeptieren und im Block quasi durchzupeitschen. Das untergrub die Möglichkeiten einer vertrauensvollen Blockzusammenarbeit, die in dieser Frage durchaus möglich gewesen wäre.

Die unter Bruch einer Zusage nunmehr auch erfolgende Enteignung von Hitlergegnern unter den Großgrundbesitzern und ohne ihnen ein Restgut zu belassen, beschädigte den Antifaschismus und mußte als Unrecht und unbillige Härte empfunden werden. Hinzu kam, daß die SMAD anordnete, die brutale sowjetische Aussiedlungspraxis, wie sie gegenüber den Kulaken praktiziert worden war, auch auf die enteigneten Großgrundbesitzer anzuwenden und darauf drängte, daß entsprechende Maßnahmen deutscherseits ergriffen würden.

Die rigorose Anwendung der 100 Hektargrenze war problematisch und führte dazu, daß in bestimmten Regionen auch Großbauern von der Enteignungsaktion betroffen wurden. Andererseits war die geringe Größe der Neubauernwirtschaften mit Härten gegenüber den Neubauern verbunden, da die meisten Höfe nicht existenzfähig waren, sie sich selbst unmäßig ausbeuten mußten, um überhaupt zu überleben, gleichzeitig aber der von vielen gewünschte genossenschaftliche Zusammenschluß, der ihr Los zumindest etwas gemildert hätte, aus politisch-ideologischen Gründen unterbunden wurde. Ein relative hoher Prozentsatz von Neubauernwirtschaften überlebte nicht.

Die für die Neubauern erbrachten Unterstützungsmaßnahmen fehlten an anderer Stelle, so daß insgesamt die Bodenreform die Landwirtschaft der SBZ nicht voranbrachte, sondern eher zusätzlich belastete.

Die Chance, die zweifellos vorhanden war, in der Ostzone in einem breitem Konsens eine gründlich vorbereitete und auf diese Weise für ganz Deutschland beispielgebende Bodenreform durchzuführen, wurde leider vertan.

Dennoch bleibt festzuhalten und hervorzuheben, daß die historisch-politisch anstehende und damals allenthalben benannte Aufgabe, als Beitrag zur Faschismus- und Militarismusbewältigung und zur Demokratisierung eine Bodenreform durchzuführen, in der

2 Wolfgang Zank: »Junkerland in Bauernhand«, in: Die Zeit, Nr.42 - 12.10.1990, S. 50

3 Jüngst noch mal aufgegriffen von Axel Schildt: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und ›Zeitgeist‹ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 19f.; Rolf Steininger: Deutsche Geschichte 1996, Bd.2, S. 53ff.; Gerhard A. Ritter: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998, S. 14f.

4 Der Verf. bezieht das auf den – in Anknüpfung an die schon 1950 von Walter Dirks in den Frankfurter Heften vorgenommene Epochencharakterisierung – von ihm Mitte der sechziger Jahre in die zeitgeschichtliche Forschung eingeführten Restaurationsbegriff, siehe Rolf Badstübner: Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Berlin 1965. Folgend vor allem: Eberhard Schmid: Die verhinderte Neuordnung, 1945-1952, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1973; Ute Schmidt/ Tilmann Fichter: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen, Berlin 1971; Ernst-Ulrich Huster et al.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 bis 1949, Frankfurt am Main 1972.

5 Siehe die dahingehende Kritik von Lutz Niethammer: Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion, in: Ludolf Herbst (Hrsg.): Westdeutschland 1945-1955, München 1986, S. 66.

6 Christoph Kleßmann/ Peter Friedmann: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankf.a.M./ New York 1977, S. 78.

Ostzone bewältigt und damit eine Leistung von historischer Tragweite erbracht wurde, während in den Westzonen eine Bodenreform scheiterte.

Daraus folgt, was Wolfgang Zank so formulierte: »Während... in der Sowjetzone eine Bodenreform verwirklicht worden ist, bei der viele Ungerechtigkeiten begangen wurden, beging man im Westen die eine ganz große Ungerechtigkeit: den Verzicht auf die Bodenreform«.²

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch mit Blick auf die »Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher« und auf »Säuberung«, Entnazifizierung und antifaschistische »Umerziehung«. Auch hier Einseitigkeiten, Überziehungen, Ungerechtigkeiten und vertane Chancen, aber auch aus heutiger Sicht und nicht zuletzt verglichen mit der gegenläufigen Entwicklung in den Westzonen keineswegs in toto Fehlleistung und Fehlentwicklung – ganz im Gegenteil!

Mit diesem Ergebnis stellten sich über die erwähnten tiefen Brüche in der Darstellung zugleich deutlich übergreifende Kontinuitäten zu früheren Sichtweisen und Bewertungen her. Das zeigte sich auch auf der »anderen Seite«.

Denn mit Blick auf die Westzonen bleibt die Frage nach wie vor aktuell: »Restauration«, »verhinderte Neuordnung« und »erzwungener Kapitalismus« oder was sonst?³

Sicher waren die Standpunkte derer, die diese Positionen in der Vergangenheit vertraten,⁴ etwas einseitig und terminologisch angreifbar.⁵ Es handelte sich nicht schlechthin um Restauration, sondern um eine Verbindung von Restabilisierung und Regenerierung des Kapitalismus, Restauration (im öffentlichen Dienst u.a. Bereichen) und zugleich auch Neuordnung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Letzteres, die mit Liberalisierung, »Verwestlichung« und »Westverschiebung«, aber auch integrativer »Sozialpartnerschaft« verbundenen Wandlungen der »Sonderwegs«gesellschaft wurden zweifellos unterschätzt und zu weitgehend ausgeblendet; und außerdem blieb die Alternative hierzu diffus, wurden Dimension und Reichweite dessen, was mit den konkreten Sozialisierungsprojekten zu erreichen war, sicher überschätzt.

Doch über allen Streit hinweg, bleibt nicht wegzudiskutieren – und das ist das Entscheidende –, daß der auch in den Westzonen mögliche und erstrebte Weg gesellschaftlich-struktureller Umgestaltung, verbunden mit Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse und einen Austausch von Eliten, der alternativ zu dem gewesen wäre, der sich dann durchgesetzt hat, primär und entscheidend durch westalliierte Intervention unterbunden wurde. Nur mit diesem Rückhalt konnten die traditionellen (west)deutschen Eliten ihren Besitzstand wahren und ihre gesellschaftlichen Machtpositionen erhalten bzw. wiederherstellen.

»Allgemein gesprochen war die Restauration und damit das Scheitern einer umfassenden Neuordnungskonzeption sicherlich unvermeidlich, weil sich die Restauration wesentlich als eine innenpolitische Funktion der außen- und weltpolitischen Konstellation des Kalten Krieges und der politischen und ökonomischen Dominanz der USA in Westeuropa erwies.«⁶

Dennoch ist nicht sicher, daß deutscherseits die Sozialisierung nicht hätte durchgesetzt werden können. »Eine Sozialisierung wäre auch nach dem alliierten Veto prinzipiell möglich gewesen, hätten Parteien und Regierung (in Nordrhein-Westfalen - R. B.) dies gewollt,« urteilte auch Christoph Kleßmann.⁷

Wie auch immer, so macht auch aus heutiger Sicht eine vergleichende Betrachtung deutlich, daß es nach 1945 keine Schwarz/Weiß-Entwicklung zwischen Ostzone und Westzonen gab. Beide deutsche Nachkriegsgesellschaften und Staaten entstanden aus Umbrüchen und Veränderungen, die allerdings zu konträren ordnungs- und gesellschaftspolitischen Ergebnissen mit unterschiedlichen Qualitäten, Versäumnisse und Defizite eingeschlossen, führten, die beide sozusagen ihre historische »Berechtigung« haben. Und es ist sicher eine Standpunktfrage, ob man für die prosozialistische Neuformierung oder für die reformkapitalistische Restabilisierung Partei ergreift bzw. die stalinistischen Deformierungen der DDR oder die vergangenheitspolitischen Belastungen der BRD gravierender bewertet.

Es bleibt auch ein historischer Fakt, daß die Ostzone westdeutscherseits »abgeschrieben« und abgekoppelt wurde (und – bei allen auch festzustellenden Verselbständigungstendenzen in der SBZ – nicht umgekehrt!) – und zwar lange bevor die Zwänge von Kaltem Krieg und Teilung der Welt sich durchsetzten. Man kann dafür aus westdeutscher Sicht viele »gute Gründe« anführen und es ist auch keineswegs sicher, ob die Herstellung der Einheit Deutschlands damals möglich war – aber es wurde von westdeutscher Seite, weder 1946/47 noch später und vor allem 1952, nichts unternommen, das zu testen. Man zog die vielversprechendere Westzonenlösung vor und scheute gesamtdeutsche Risiken. Das bleibt auf jeden Fall festzuhalten und kann aus der deutschen Nachkriegsgeschichte, mit welchen Argumenten immer, nicht ausgeblendet werden.

Nur wenige Jahre nach der »Niederlage« und der Befreiung des deutschen Volkes von der nationalsozialistischen Herrschaft hatten sich zwei ordnungs- und gesellschaftspolitisch unterschiedliche deutsche Nachkriegsgesellschaften und Staaten konstituiert, die sich im Kontext von Systemauseinandersetzung und kaltem Krieg konfrontativ gegenüberstanden. Sie waren Produkte zonal unterschiedlicher Nachkriegsentwicklungen und des Kalten Krieges, aber ihre industriegesellschaftlichen Grundlagen, ihre Wurzeln und historischen Entstehungsgründe reichten sehr viel weiter zurück. Sie standen in Beziehung zu säkularen Trends und deren Verschränkung mit Epochenkonstellationen und geschichtlichen Verläufen, wie sie sich durch und im Gefolge der Jahrhundertkatastrophe des Ersten Weltkrieges herauskristallisierten und Deutschland und die deutsche Frage entscheidend beeinflussten.

Darauf kann hier nur hingewiesen werden.

Wie nahm sich nun ein Vergleich der beiden Nachkriegsgesellschaften und Staaten in deren Gründungsumfeld aus?

Die Bundesrepublik war zwar im Stile eines Verwaltungsaktes entstanden, ohne plebiszitäres Engagement, aber sie wurde von der übergroßen Mehrheit ihrer Bevölkerung teils bejaht, teils doch

7 Christoph Kleßmann:
Die doppelte Staatsgründung,
Bonn/Göttingen 1982,
S. 113.

hingegenommen. Viele wünschten sich eine bessere Bundesrepublik, wie auch immer, aber sie stellten mehrheitlich diesen Staat und seine Verfassung nicht in Frage, schon gar nicht, nachdem zunächst das »Wirtschaftswunder« und dann auch die westeuropäischen Integrationstendenzen zu greifen begannen. Die Bundesrepublik ruhte sozusagen in sich selbst und war existentiell nicht gefährdet – schon gar nicht durch eine »nationale Einheitsbewegung«. Die überwiegende Mehrzahl der Bundesbürger orientierte sich nach Westen und vermißte den Osten Deutschlands kaum.

Die Bundesrepublik erhob den Anspruch, in der Nachfolge des Deutschen Reiches Deutschland zu repräsentieren und betrachtete die SBZ/DDR sowie die ehemaligen deutschen Ostgebiete als Irredenta.

Zwar schien die Zukunft der Bundesrepublik in vielem offen und ungewiß, wie z. B. mit Blick auf die Forderungen von SPD und DGB nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und auch auf eine mögliche Wiedervereinigung, aber in Wirklichkeit waren doch wohl schon ziemlich »unverrückbar« die Weichen in eine andere Richtung gestellt.

Im Kontext von Kaltem Krieg und Marshallplan und in Wechselwirkung mit der besatzungsbehördlichen Unterbindung von Sozialisierungsabsichten und solchen Anpassungsstrategien, wie Entflechtung und Mitbestimmung, hatte sich der »rheinische Kapitalismus« erst ökonomisch erholt und war nun dabei, sich als soziale Marktwirtschaft auch »politisch-moralisch« zu restabilisieren. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft regenerierte sich im Zusammenhang mit der wiederkehrenden Alltags»normalität« in ihrer »verwestlichten« Neuprägung. Die Integration der Arbeiter in die Gesellschaft befand sich über Mitbestimmung und »Sozialpartnerschaft«, aber noch mehr über Modernisierung und Konsumgesellschaft auf dem Weg. Es war eine Gesellschaft, in der sich liberale Demokratie, allerdings in Gestalt einer stark autoritären »Kanzlerdemokratie«, sozialstaatliche und zivilgesellschaftliche Komponenten mit der wiederrichteten Diktatur des Kapitals verschränkten. Letzteres beinhaltete aber auch eine ungebrochene Kontinuität von Banken und Konzernen, Eigentümern und Managern, die insgesamt, wenngleich mit individuellen Ausnahmen, in einer symbiotischen Verbindung zum Nationalsozialismus, seiner Rüstungs-, Ausrottungs-, Kriegs- und Eroberungspolitik gestanden, die davon und speziell auch von Arisierung und Zwangsarbeit profitiert hatten.

In einem Bruch mit der Vergangenheit war die Bundesrepublik dabei, die Feindseligkeiten mit ihren westlichen (aber keineswegs mit ihren »östlichen«!) Nachbarn zu beenden, sich – im gemeinsamen Integrationsboot sitzend – mit ihnen auszusöhnen, und sie befand sich auf dem Weg in ein westliches Militärbündnis, das sie wirksam schützen sollte, aber gleichzeitig den Sicherheitsinteressen der anderen Mächte gegenüber Deutschland diente.

Verglich man »Bonn« mit dem hypotheckenbelasteten »Weimar«, dann war »Bonn« relativ stabil, befreit aus der fatalen Mittellage und vom ostelbischen Junkertum, abgeschirmt gegen sozialistische Grundsatzalternativen und von zu direktem Einfluß des Volkes. Bonns Zukunft lag »abseits des deutschen Sonderwegs.«⁸

8 Lutz Niethammer: Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion, S. 65.

Die Bundesrepublik im Umfeld von Gründung und frühen fünfziger Jahren war allerdings noch stark von ihrer »Sonderwegs«-vergangenheit⁹ belastet und hatte sich auch noch keineswegs von ihrer »Sonderwegs«herkunft völlig abgenabelt.

Gerade das aber trug wahrscheinlich – in Wechselbeziehung mit dem »Wirtschaftswunder« – wesentlich dazu bei, daß die Bundesrepublik mehrheitlich »angenommen« wurde. Die aus der Sicht der DDR und auch des Auslands stark belastenden Relikte von »Sonderwegs«gesellschaft und NS in Gesellschaft und Staat erschienen in den Augen der meisten Bundesbürger in den fünfziger Jahren als bejahte Kontinuität und gelungene Integration der »Ehemaligen«.¹⁰

Man empfand die bloße Verdrängung von NS, die ungenügenden Anstrengungen zur Ahndung von NS-Verbrechen und die fehlende Trauerarbeit nicht als Manko. Der 8. Mai 1945 galt im breiten Konsens nicht als Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, sondern als Niederlage eines Deutschlands, auf das man »in den Grenzen von 1937« einen Anspruch erhob, den staatlich unterstützte Vertriebenenverbände lauthals verkündeten. Die Wiederbewaffnung unter Leitung von stark belasteten Generalen, wie Heusinger und Speidel, und in enger Anknüpfung an Wehrmachtstraditionen¹¹ konnte diesem Anspruch einen bedrohlichen Nachdruck verleihen.

Man hatte in den Westzonen und der Bunderepublik den Faschismus nicht wirklich »bewältigt« und bezog keine dezidiert antifaschistischen Positionen, aber »Freiheit und Demokratie«, wie auch immer, standen konträr zur nazistischen Diktatur und grenzten sich deutlich von ihr ab.

Auch die »Verwestlichung« und die Akzeptanz von liberaler Demokratie beinhalteten, wie sich herausstellte, einen gangbaren und auf längere Zeit letztlich erfolgreichen Weg zur Überwindung der deutschen »Sonderwegs«gesellschaft, obwohl deren gesellschaftliche Grundlagen modifiziert erhalten und deren Eliten nicht entscheidend ausgetauscht worden waren.

Doch das war das Ergebnis zukünftiger Entwicklungen, insbesondere auch im Zusammenhang mit 68er Bewegung und sozialliberaler Koalition, und nicht vorher bereits eindeutig zu prognostizieren.

Die faktisch durch »Abkoppelung«, im Protest gegen die Irredenta-Zumutung und mit einer gesamtdeutschen Option gewollt/ungewollt in die Welt gesetzte DDR war gegenüber der Bundesrepublik ein gefährdeter und in der eigenen Bevölkerung viel umstrittener Staat. Das hing nicht nur damit zusammen, daß sie kleiner war und ganz offensichtlich schlechtere Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen hatte, sondern vor allem auch mit dem seit 1945 eingeschlagenen Weg. Hinzu kam, daß sich die Gesellschaft der SBZ/DDR immer im Zustand einer für sie ungünstigen »externen Verflechtungsstruktur« mit der Bundesrepublik befand.

Die unter Oberhoheit der SMAD und bei intensiver »Anleitung« von KPD/SED unter Mitwirkung auch der anderen Parteien vollzogenen gesellschaftspolitischen Umgestaltungen erreichten im großen und ganzen ihr Ziel, schossen aber auch darüber hinaus. Die Art und Weise ihrer Durchführung war kritikwürdig, belastete sie mit Ungerechtigkeiten und beeinträchtigte die Ergebnisse.

9 Siehe dazu jüngst zur Sonderwegsproblematik: Jürgen Kocka: Nach dem Ende des Sonderwegs. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts, in: Arnd Bauernkämper, Martin Sabrow, Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998, S. 364-375.

10 Siehe dazu insbesondere Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1972.

11 Siehe Wolfram Wette: Neue Form, alter Geist. Die Gründungsgeschichte der Bundeswehr erklärt, warum es unserer Armee so schwer fällt, sich aus den Wehrmachtstraditionen zu lösen, in: Die Zeit, 18. 3. 1999, S. 98.

Ähnlich differenziert war das Bild bei der Beurteilung von Um-
erziehung und Elitenwechsel. Aber, wenn der Antifaschismus, der
implantiert, aber auch angenommen wurde, zweifellos mit Mythen
und Einseitigkeiten verknüpft war, prägte er dennoch unübersehbar
das gesellschaftliche Leben und begründete antifaschistische Hal-
tungen und Einstellungen.

So entstand in der SBZ im Ergebnis der gesellschaftspolitischen
Umgestaltungen bis 1948 eine gegenüber den Westzonen alterna-
tive, antifaschistische, prosozialistische deutsche Nachkriegs-
gesellschaft, die (zunächst) nach vorne offen war.

Gemäß ihren Grundlagen und der 1948 ausgearbeiteten Verfas-
sung hätte sie zu einem Bestandteil eines antifaschistisch-demo-
kratischen deutschen Nachkriegsstaates werden können, wenn ein
solcher im Zusammenhang mit einer Friedensregelung entstanden
wäre.

Im anderen Fall, bei Nichtzustandekommen einer gesamtdeut-
schen Regelung, gab es gemäß den Voten von SED, CDU und LDPD
für die dann notwendige weitere Verselbständigung und den weite-
ren Ausbau dieser SBZ-Gesellschaft unterschiedliche Möglichkei-
ten. Sowjetische Präsenz und Stalinisierung engten allerdings die-
se Möglichkeiten auf eine Variante ein. Die historische Chance,
diese Gesellschaft demokratisch auszubauen und sie in Richtung
auf einen demokratischen Sozialismus weiterzuentwickeln, wurde
blockiert.

Die unter Besatzungsbedingungen unvermeidlichen Defizite an
Demokratie reduzierten sich beim Übergang zur DDR nicht, son-
dern nahmen durch die Errichtung einer spezifischen SED-Diktatur
und die Stalinisierungsprozesse eher noch zu.

Diese Entwicklung wurde sicher dadurch begünstigt, daß die ge-
sellschaftlichen Umgestaltungen in der SBZ nicht das Ergebnis au-
tochthoner sozialer Bewegungen waren. Sie hatten sich vielmehr
auf dem Wege administrativer Reformen »von oben«, wenngleich
auch mit Unterstützung »von unten«, vollzogen. Das bedeutete
faktisch, daß an obrigkeitsstaatliche »Sonderwegs«traditionen
angeknüpft und diese gestärkt wurden. Dies wiederum und die Tat-
sache, daß die übergroße Mehrheit der DDR-Bürger über keine
Erfahrungen mit einer funktionierenden Demokratie verfügte,
bereitete den Boden für den Übergang von der Besatzungs- zur
SED-Diktatur. Doch das mußte noch nicht das letzte Wort sein,
da es noch Mehrfachperspektiven und Reformmöglichkeiten gab
oder zu geben schien.

Auch für die DDR traf, wenngleich auf andere Art und Weise, zu,
daß kein vollständiger Bruch mit der »Sonderwegs«gesellschaft
vollzogen wurde.

Die SBZ/DDR-Gesellschaft konstituierte sich auf der Grundlage
einer Mehrsektorenwirtschaft als stark nivellierte Arbeitsgesell-
schaft, die auf die (volkseigenen) Betriebe und Institutionen als
Lebenszentren konzentriert und darauf ausgerichtet war, bei Auf-
hebung sozialer Ungerechtigkeiten und Abbau sozialer Ungleich-
heiten einen (bescheidenen) Wohlstand für alle zu schaffen.

Die Arbeitsgesellschaft der DDR war zwar einerseits eine
tendenziell entdifferenzierte und von oben hierarchisch durch-

herrschte Gesellschaft, sie entwickelte aber zugleich spezifische Organisationsformen und die Gemeinschaftsbildung befördernde Sozialisationsformen, in denen sich auch basisdemokratische Aktivitäten entfalten konnten. Die Arbeiter in den Betrieben zeigten Eigensinn und selbstbewußte Haltung und konnten in einer gleichberechtigten Art und Weise gegenüber ihren »Leitern« auftreten, von der die Arbeiter der Bundesrepublik nur träumen konnten.

Den Modernisierungsprozessen gesellschaftlicher Entgrenzung und lebensstilbildender Individualisierung wirkten solche mit gemeinschaftsbildender und gesellschaftsintegrativer Wirkung entgegen. Betrieb und Gesellschaft waren für den DDR-Bürger viel intensiver und auf ganz andere Art und Weise als etwa für den Bundesbürger zentrale lebenswirkliche Bezugsgrößen.

Während das politische System dieser Gesellschaft zu ihren besonderen Problemzonen gehörte und mit dem Kurs auf das sowjetische Modell eine verhängnisvolle Weichenstellung erfolgte, wurde sie wegen ihrer sozialen Qualitäten von vielen bejaht, hingenommen oder toleriert.

Die SED versuchte durch verstärkte Machtabsicherung der politischen Instabilität entgegenzuwirken und mittels einer Erziehungs- und Entwicklungsdiktatur ihre weitgesteckten, aber zugleich dogmatisch-irrealen sozialistischen Zielvisionen schrittweise zu realisieren.

Die SED-Diktatur präsentierte sich teils offen, teils verdeckt und mit einem »realdemokratischen« Anspruch, mit dem sie der Bonner »Formaldemokratie« übergeordnet wurde. Sie wurde mittels des »demokratischen Zentralismus« in einem »realdemokratischen« Rahmen und in einer Gesellschaft ausgeübt, die – gegenläufig zur tendenziellen »Entdifferenzierung« – durch Parteien, Organisationen und »Gesellschaften« vielfach vernetzt und gegliedert war. Der Versuch, durch die Gesellschaft zu herrschen,¹² stieß an deutliche Grenzen. Das Auseinanderdriften von System- und Lebenswelt war evident.

Die SED-Diktatur hob den Alternativcharakter der DDR-Gesellschaft und die damit verbundenen Qualitäten nicht auf, schränkte sie aber ein und beschädigte sie.¹³ Das Gleiche galt vom Verhältnis zwischen Stalinismus und Antifaschismus.

Die frühe DDR war in einem besonders ausgeprägtem Sinne janusköpfig.¹⁴ Es gab die Deformierungen des Stalinismus, aber zugleich auch Aufbruchstimmung und Engagement für humanistische und sozialistische Ideale und Ziele, die ebenfalls gesellschaftswirksam waren.

Rückblickend, mit dem Erfahrungshorizont der neunziger Jahre, erscheint die Lage der DDR gegenüber der Bundesrepublik aussichts- und hoffnungslos. Das nahm sich allerdings in den fünfziger Jahren mit dem Erfahrungs- und Erwartungshorizont vor allem derjenigen, die auf den Sozialismus setzten, anders aus.

Sie sahen die Bundesrepublik mit ihren großen vergangenheitspolitischen Belastungen. Das stärkte das Selbstbewußtsein und die Überzeugung, im richtigen Lager zu stehen, und legitimierte zugleich die DDR.

12 Mary Fulbrook: Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Bessel/Jessen (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur (1996), S. 292.

13 In diesem Sinne siehe Hans Mayer: Der Turm von Babel. Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik, Frankfurt am Main 1991, S.15/6.

14 Ein unbestechlicher Zeuge hierfür siehe Viktor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1959, 2 Bde., hrsg. v. Walter Nowojski, Berlin 1999.

Sie sahen den Kapitalismus auf einem absteigenden Ast und – analog zur Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg – auf seine Nachkriegskrise zusteuern. Daß der Kapitalismus im Gefolge des Zweiten Weltkrieges sein »Goldenes Zeitalter« erleben würde, war – nicht nur für sie – unvorstellbar.

Die sozialistische Utopie beflügelte demgegenüber Hoffnungen auf eine stürmische wirtschaftliche Entwicklung des Weltsozialismus. Und diese schienen damals so unreal nicht, wie sie sich im Nachhinein ausnehmen. Unter den Bedingungen des fordistischen Produktionstyps erbrachten die Planwirtschaften bekanntlich bis in die sechziger Jahre beachtliche Wirtschaftsleistungen und -ergebnisse.¹⁵

Auch wenn, in rückblickender Gewißheit, die DDR, mehr noch der Weltsozialismus, wahrscheinlich keine Chance hatten, so bedeutet das jedoch keineswegs, daß sie einfach »umsonst« und »überflüssig« waren, wie man heute hören kann. Sie bildeten einen nicht einfach »wegzudenkenden«, sondern vielmehr »unverzichtbaren« und keineswegs nur einen negativen Bestandteil dieses 20. Jahrhunderts – wenn man sich die weltgeschichtliche Entwicklungsdialektik vor Augen hält, wie sie Eric Hobsbawm folgendermaßen beschrieb:

»Nur die temporäre und bizarre Allianz von liberalem Kapitalismus und Kommunismus, zur Selbstverteidigung gegen den faschistischen Herausforderer, rettete die Demokratie; denn Hitlers Deutschland wurde und konnte im wesentlichen nur durch die Rote Armee besiegt werden. In vielerlei Hinsicht war diese Periode der kapitalistisch-kommunistischen Allianz gegen den Faschismus – vor allem in den dreißiger und vierziger Jahren – der Dreh- und Angelpunkt und das entscheidende Moment in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Aber in vielerlei Hinsicht war dieses Moment auch ein historisches Paradox...Eine der Ironien dieses denkwürdigen Jahrhunderts ist, daß das dauerhafteste Resultat der Oktoberrevolution – deren Ziel es ja war, den Kapitalismus weltweit umzustürzen – ausgerechnet die Rettung ihres Antagonisten im Krieg wie im Frieden war: Sie spornte ihn an (indem sie angst machte), sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst zu reformieren; und sie machte wirtschaftliche Planung in einer Weise gemeinverständlich, daß schließlich sogar einige ihrer Aspekte zum Prozedere dieser Reform gehören sollten.

Doch sogar nachdem der liberale Kapitalismus gerade noch die dreifache Herausforderung von Zusammenbruch, Faschismus und Krieg überstanden hatte, schien er noch immer einem weltweiten Vormarsch der Revolution ausgesetzt, die sich nun um die aus dem Zweiten Weltkrieg als Supermacht hervorgegangene Sowjetunion sammeln konnte.

Im Rückblick können wir nun erkennen, daß die globale sozialistische Herausforderung des Kapitalismus auf der Schwäche ihres Gegners beruhte. Ohne den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts im Zeitalter der Katastrophe hätte es keine Oktoberrevolution und keine Sowjetunion gegeben. Das Wirtschaftssystem, das auf der ruinierten eurasischen Landmasse des einstigen Zarenreichs unter dem Namen Sozialismus improvi-

15 Siehe Charles S. Maier: Gibt es einen Sieger der Geschichte? Geschichtswissenschaft und DDR-Vergangenheit, in: Konrad H. Jarausch(Hg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991, S.199 u. 201; siehe auch Jörg Roesler: 40 Jahre Planwirtschaft in der DDR: Aufarbeitung aus retrospektiver Sicht? In: BzG (Berlin), 33 (1991), S. 310ff.

siert wurde, hätte anderenfalls weder im eigenen Land noch andernorts als realistische globale Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft gelten können, und seine eigentlichen Errungenschaften ließen sich erst erkennen, als im Kapitalismus schon das Goldene Zeitalter herrschte. Wie effektiv diese rivalisierenden Strategien waren, oder wie bewußt sie eingesetzt wurden, um die Welt unserer Vorväter zu begraben, braucht hier nicht erwogen zu werden. Doch wir werden sehen, daß es bis in die frühen sechziger Jahre durchaus den Anschein hatte, als seien sie sich zumindest ebenbürtig gewesen. Heute jedoch, im Lichte des Zusammenbruchs des sowjetischen Sozialismus, wirkt diese Annahme lächerlich – auch wenn ein britischer Premierminister im Gespräch mit einem amerikanischen Präsidenten die Sowjetunion damals (1960) noch immer als einen Staat beschrieb, dessen »aufwärtsstrebende Wirtschaft ... die kapitalistische Gesellschaft bald schon im Wettlauf nach materiellem Wohlstand überholt haben wird«... Auch wenn der Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus und seine enormen und noch immer nicht vollständig abschätzbaren – aber im wesentlichen negativen – Konsequenzen das dramatischste Ereignis während der Krisenjahrzehnte nach dem Goldenen Zeitalter waren, so waren sie doch nur Teil einer universalen oder globalen Krise.«¹⁶

16 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 22f.